

# **Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik**

**Ausgabe 1 / 1988**

## **Inhalt:**

- Rüstungskonversion — ein Thema für den Unterricht?
- Editorial
- Materialien
- Bücher
- Impressum

## **Rüstungskonversion — Ein Thema für den Unterricht?**

### **Editorial**

Ziel der Friedensforschung ist es, dazu beizutragen, daß Konflikte möglichst gewaltfrei verlaufen. Da die Aussichten für eine friedlichere Entwicklung größer erscheinen, wenn Kinder und Jugendliche lernen, daß dies möglich ist, sind Friedensforscher am Zugang zur Schule interessiert. Auf der anderen Seite wollen viele Lehrer Friedensfragen in ihrem Unterricht behandeln, finden jedoch angesichts zahlreicher anderer Verpflichtungen vielfach nicht die Zeit, sich genügend zu informieren und Anregungen aufzunehmen. Mit den „Pädagogischen Informationen“ soll versucht werden, beiden Seiten zu dienen: Sie sollen die Ergebnisse der Friedensforschung verbreiten helfen und den Lehrern die Arbeit an friedenspolitischen Themen erleichtern.

Damit setzt das IFSH seine Bemühungen fort, wissenschaftliche Ergebnisse für die Schule fruchtbar zu machen. Schon seit seiner Gründung stellt das IFSH Lehrern und Schülern die Einrichtungen des Instituts (Bibliothek und Zeitungsdokumentation) zur Verfügung und entsendet Referenten zu Vorträgen und Diskussionen in die Schulen. Seit einigen Jahren werden gemeinsam mit dem Institut für Lehrerfortbildung Seminare für Lehrer durchgeführt, im vergangenen Jahr organisierte das IFSH gemeinsam mit anderen Trägern die sicherheitspolitische Ausstellung „Schreck lass nach“, und seit 1986 erscheinen die „Hamburger Informationen“, die in unregelmäßiger Folge über aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Fragen informieren.

Im Unterschied zu den „Hamburger Informationen“, die nicht nur für die Schulen konzipiert sind, versuchen die „Pädagogischen Informationen“ auf die Bedingungen und Bedürfnisse von Lehrern und Schülern einzugehen. Beide Publikationen sollen einander ergänzen. Die erste Ausgabe der „Pädagogischen Information“ mit dem Schwerpunktthema „Rüstungskonversion — ein Unterrichtsthema?“ erscheint gleichzeitig mit der Nr. 6 der „Hamburger Informationen“: „Konversion: Statt Rüstung nützliche Produkte.“ Diese Publikation kann auch dem Lehrer, der die Thematik in der Schule behandeln will, die Einarbeitung erleichtern; die „Pädagogische Informationen“ verdeutlichen ergänzend den regionalen Bezug und geben Anregungen für den Unterricht.

Neben Vorschlägen für die Praxis sollen die „Pädagogischen Informationen“ über Neuerscheinungen, Veranstaltungen, Einrichtungen und Initiativen informieren. Die Arbeit der Redaktion würde erheblich erleichtert und befruchtet, wenn viele Hamburger Lehrerinnen

und Lehrer uns Rückmeldungen und Vorschläge zukommen ließen. Insbesondere bitten wir Sie, die Fragen auf der Rückseite dieses Heftes zu beantworten und uns zuzusenden. Vielleicht kann diese Reihe dann leisten, was wir von ihr erhoffen: Eine Stärkung und Fundierung des Friedensengagements an den Hamburger Schulen.

(Jens Müller-Kent)

## **1. Zum Begriff „Rüstungskonversion“**

Die planvolle Umstellung der Produktion von Waffen und anderen militärischen Geräten auf zivile Fertigung wird als Konversion bezeichnet. Es geht um die Verlagerung und alternative Nutzung menschlichen Könnens und Wissens sowie materieller Ressourcen, die für militärische Vorhaben bestimmt waren, in Bereiche, die zur wirtschaftlichen und umweltverträglichen Entwicklung beitragen können. Politisches Ziel ist es dabei, die ökonomischen und sozialen Kosten der Umstellung so weit wie möglich zu reduzieren. Ausgelöst wurden die Diskussionen um Rüstungskonversion vor allem durch die Beschäftigungsprobleme verschiedener im Rüstungsbereich tätiger Firmen, die infolge des Auslaufens staatlicher Rüstungsprogramme gezwungen waren, Produktionskapazitäten abzubauen. Aber auch die seit Anfang der 80er Jahre verstärkt stattfindenden Auseinandersetzungen um friedenspolitische Fragen, hier vor allem die Kritik an dem Export von Rüstungsgütern in Krisenregionen der Dritten Welt, trieb die Diskussion um Rüstungskonversion voran.

## **2. Rüstungsproduktion und Konversion in Hamburg**

In der Bundesrepublik existiert bereits seit der Wiederaufnahme der Rüstungsproduktion Mitte der fünfziger Jahre in der Verteilung der Rüstungsaufträge ein ausgesprochenes Nord-Süd-Gefälle. Zwischen 40 und 50 Prozent aller Rüstungsaufträge gehen nach Bayern und Baden-Württemberg. Rund 30 Prozent gehen nach Norddeutschland, der Rest verteilt sich auf die übrigen Bundesländer. Für Norddeutschland — mit seiner starken Orientierung auf Landwirtschaft und der Existenz einiger industrieller Krisenbranchen (Schiffbau, Stahl) — hat die Rüstungsproduktion große wirtschaftliche Bedeutung. In Hamburg ist Rüstungsproduktion im wesentlichen auf die Werft Blohm & Voß und einige Elektronikhersteller konzentriert. Indirekt profitiert eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Zulieferer ebenfalls von Rüstungsproduktion. Insgesamt sind 6000 bis 7000 Arbeitsplätze in der Hamburger Industrie von Rüstungsaufträgen abhängig. Die „Dunkelziffer“ kleinerer Firmen, die Aufträge für das Bundesverteidigungsministerium abwickeln, ist relativ hoch. Der Anteil der rüstungsabhängigen Arbeitsplätze liegt unter fünf Prozent der Industriebeschäftigten, d.h. etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Die für die Hamburger Industrie seit Anfang der siebziger Jahre weitgehend negative und unterdurchschnittliche Entwicklung gilt auch für den größten Hamburger Rüstungsproduzenten Blohm & Voß. Mit der Krise im Weltschiffbau Mitte der siebziger Jahre setzte Blohm & Voß einerseits auf Diversifizierung (werftfremde Fertigung im Maschinenbau), andererseits aber stark auf den Bau von Kriegsschiffen (Fregatten sowohl für die Bundesmarine als auch für den Export in die Dritte Welt). Daneben produziert Blohm & Voß auch Wannen für den Leopardpanzer. Als Mitte der achtziger Jahre Großaufträge für die Bundeswehr abgeschlossen waren und der Handelsschiffbau nach wie vor am Boden lag, entstanden riesige Überkapazitäten. Von 1981 bis 1986 gingen rund 2000 Arbeitsplätze verloren.

Für den Betriebsrat war die Abhängigkeit der Beschäftigung von der Rüstungsproduktion lange Zeit kein Stein des Anstoßes, viel eher wurde sie vor dem Hintergrund der Situation im Schiffbau für überlebenswichtig erachtet. Als aber 1981 Beschäftigte bei HDW in Kiel für Rüstungsexport die Arbeit niederlegten, war dies bei Blohm & Voß der Grund, einen Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ zu gründen, zumal Kapazitätsauslastungsprobleme durch das Ende von Fregattenaufträgen durch die Geschäftsleitung mit Rüstungsexporten ausgeglichen werden sollten. Die Arbeitskreismitglieder wollten, wie sie selbst formulierten, „nicht vor die Alternative gestellt werden, für ein Militärregime, in dem Gewerkschafter unterdrückt werden, streiken zu müssen,“ oder aber arbeitslos zu werden. In einer Grundsatzerklärung formulierten sie den Anspruch,

- mittelfristig die Abhängigkeit der Werft von Rüstungsproduktion zu verringern,
- Arbeitsplätze auf der Werft zu sichern,
- alternative Produkte für eine sozial notwendige und ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Produktion zu finden,
- den Nachweis zu erbringen, daß diese zivilen Produkte ohne Dequalifizierung und Arbeitsplatzverluste bei Blohm & Voß gefertigt werden können,
- die Produktionsmethoden (z.B. Arbeitsplatzbedingungen) zu überprüfen und zu berücksichtigen,
- die betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu verbessern.

Mit detaillierten Produktionsvorschlägen vor allem im Bereich der Energieversorgung in Hamburg wurden Alternativen zu Arbeitslosigkeit und Rüstungsexport aufgezeigt. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind gemischt. Zunächst verweigerte die Geschäftsleitung das Gespräch, weil sie eine neue Form gewerkschaftlicher Mitbestimmung über das Was und Wie der Produktion fürchtete. Wichtiger aber noch ist die Tatsache, daß in einer Situation wirtschaftlicher Stagnation Unternehmensleitungen das Risiko scheuen, in neue Produkte zu investieren und neue Märkte zu erschließen. Dennoch hat der Arbeitskreis „Alternative Produktion“ dazu beigetragen, sowohl den Rüstungsexport in der Belegschaft zu problematisieren, als auch Entlassungen nicht einfach, ohne Alternativen aufzuzeigen, hinnehmen zu müssen.

### **3. Rüstungskonversion als Unterrichtsthema**

Angesichts der Vielschichtigkeit der Problematik erscheint eine angemessene Behandlung des Themas erst in der Oberstufe an Gymnasien, Gesamt- und Berufsschulen sinnvoll. Die Behandlung sicherheitspolitischer Fragen, z.B. zum Stand des Wettrüstens und der Abrüstungsbemühungen, vor Beginn einer Unterrichtseinheit über Konversion würde den Schülern den Zugang zu dem Thema und eine aktive Mitgestaltung des Unterrichts erleichtern.

Die Mitwirkung der Schüler ist insbesondere erforderlich, wenn der Lehrer sich entschließt, das Thema in Form eines Planspiels zu behandeln. Diese Unterrichtsform erscheint hier besonders geeignet, da die verschiedenen Sichtweisen der beteiligten oder betroffenen Gruppen ein hohes Maß an immanenter Plausibilität haben. Dadurch gewinnen die Schüler einen Einblick in die Abläufe der politischen Willensbildung, in die Realität der Machtverhältnisse sowie die Möglichkeiten und Grenzen der verschiedenen an den politischen und ökonomischen Entscheidungsfragen beteiligten Interessengruppen.

Das Planspiel eröffnet die Möglichkeit, an einem Beispiel Einblick in verschiedene Politikbereiche zu gewinnen. Neben Problemen wie dem Waffenexport in Krisenregionen,

den regionalen Strukturunterschieden in der Bundesrepublik und der Mitbestimmung geht es um Grundfragen wie die des Verhältnisses von Politik und Ethik oder die der Beziehung zwischen Politik und Ökonomie. Von Bedeutung sind ferner die Fragen, wie groß der Handlungsspielraum von Bund, Ländern und Gemeinden ist, auf das wirtschaftliche Geschehen in ihrer jeweiligen Region einzuwirken, und wie weitgehend Möglichkeiten und Grenzen der Einflußnahme der Beschäftigten in der Industrie sind. Die folgenden Überlegungen sollen nicht die Unterrichtsplanung des Lehrers ersetzen, sondern nur einige Anregungen dafür geben.

Die vorausgesetzte Spielsituation besteht darin, daß eine Hamburger Werft kurz vor Fertigstellung einer Fregatte keinen Anschlußauftrag hat und Massenentlassungen drohen. In Verhandlungen zwischen dem Vorstand, den Arbeitnehmern, vertreten durch den Betriebsrat, und dem gewerkschaftlichen Arbeitskreis „Alternative Produktion“ sowie dem Senat wird versucht, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Dabei werden in verschiedenen Phasen der Gespräche Kontakte mit der Bundesregierung aufzunehmen sein, da sowohl bei Konversionsmaßnahmen als auch bei einer liberalen Rüstungsexportpolitik — um zwei mögliche Auswege aus der Krise zu benennen — die Unterstützung der Bundesregierung sinnvoll oder erforderlich ist.

Das Projekt könnte etwa wie folgt ablaufen:

Zum Einstieg wird — wie immer — versucht, die Schüler für die Thematik und das Vorhaben zu interessieren. Dies kann hier anhand von Zeitungsausschnitten geschehen, die die Bedeutung des Problems für Hamburg vermitteln. (s. Materialien)

Anschließend sollte mit den Schülern der Ablauf des Projektes — Ausgangssituation, Modus, präzise Zielsetzung, Dauer etc. — abgeklärt werden. Falls die im Anhang und den „Hamburger Informationen“ Nr. 6 enthaltenen Materialien für die Durchführung eines Planspiels nicht ausreichen, können Lehrer und Schüler sich um weitere Informationen bemühen bei

- den im Rüstungsbereich tätigen Firmen wie Blohm & Voss und MBB, um Einzelheiten über die Bedeutung der Rüstungsproduktion des Unternehmens, Austauschprozesse zwischen militärischem und zivilen Bereich, Erfahrungen mit Konversion und die Haltung des Vorstandes dazu in Erfahrung zu bringen;
- der IG Metall, um weitere Informationen über die Haltung der Gewerkschaften zu erhalten. (Die Zentrale ist Wilhelm-Leuschner-Straße, 6000 Ffm., die Bezirksleitung Kurt Schumacher-Allee 60, 2000 Hamburg 1). Auch kann versucht werden, mit Betriebsräten oder Mitgliedern der Gewerkschaftlichen Arbeitskreise Kontakt aufzunehmen;
- der Hamburger Wirtschaftsbehörde, um zum Beispiel Informationen über Probleme der regionalen Strukturpolitik und die Haltung des Senats zu den Gewerkschaftsforderungen in Erfahrung zu bringen;
- den politischen Parteien;
- der Bibliothek und der Dokumentation des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, um sich zum Beispiel weiter über die Rolle der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik oder die deutsche Rüstungsexportpolitik zu informieren.

In der dritten Phase des Projektes werten die Schüler das Material aus und bereiten sich auf ihre Rolle vor. Im eigentlichen Spiel sollten die Schüler versuchen, unter möglichst weitgehender Wahrung des von ihnen eingenommenen Interessenstandpunktes eine politische

Lösung des Problems zu finden, ohne daß an einem eventuell erzielten Kompromiß der Erfolg des Projektes gemessen werden könnte.

Am Schluß des Unterrichtsvorhabens können, je nach den Erfahrungen, die in der zweiten Phase gemacht wurden, Gespräche im Kurs- oder Klassenverband mit Vertretern der genannten Institutionen stehen.

In den folgenden Materialien werden Ausschnitte einer Veranstaltung dokumentiert, auf der im Mai 1985 Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Senats und der Wissenschaft in Hamburg über Möglichkeiten und Grenzen der Konversion diskutierten (vgl. K. Schomacker/P. Wilcke/H. Wulf (Hg.), Zivile Alternativen für die Rüstungsindustrie, Baden-Baden 1986, S. 96-138). Zur Veranschaulichung der gewerkschaftlichen Konversionsvorschläge können zusätzlich die Beispiele aus den „Hamburger Informationen“ Nr. 6 (S. 7-9) herangezogen werden. Zur Verdeutlichung der Haltung der Bundesregierung und der Rechtslage werden Auszüge aus dem Weißbuch 1985, dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Urteil des Düsseldorfer Landgerichts im Prozeß gegen leitende Mitarbeiter der Firma Rheinmetall aufgeführt. Sinnvoll ist ferner die Einbeziehung der Statistik über die deutschen Rüstungsexporte aus den „Hamburger Informationen“ (S. 6)

(Jens Müller-Kent, Herbert Wulf)

## **Materialien**

### **Blohm & Voss plant Massen-Entlassung**

HAMBURG (dpa/VWD). Bei der Hamburger Werft Blohm & Voss sollen 530 der jetzt 5300 Arbeitsplätze abgebaut werden. Nach Angaben des Ersten Bevollmächtigten der Hamburger IG Metall, Johannes Müllner, hat die Unternehmensleitung dem Betriebsrat jetzt ein Konzept vorgelegt, das die weitere Reduzierung der Arbeitsplätze im Panzer- und Schiffbau in dieser Größenordnung vorsehe.

Der Betriebsrat werde die Unternehmensleitung nicht aus der Verantwortung entlassen, sagte Müllner. Er werde versuchen, statt eines Sozialplans einen Beschäftigungsplan durchzusetzen. Dieser Plan solle neue Produktionen zur Grundlage haben. Der Betriebsrat wolle mit dem Vorstand neue Märkte erschließen, und nicht nur auf den unbestreitbaren Rückgang im Schiffbau reagieren. Offenbar sei die Werftleitung jetzt dazu auch grundsätzlich bereit.

Der weitere Abbau von Arbeitsplätzen bei der Werft sei aufgrund der Auftragslage absehbar gewesen, aber nicht in dieser Größenordnung, sagte Müllner. Blohm & Voss habe im vergangenen Jahr ein sehr gutes Betriebsergebnis erwirtschaftet. Derzeit sehe der Auftragsbestand allerdings düster aus.

Aus: Frankfurter Rundschau vom 2.6.1986

### **Massenentlassung bei Blohm & Voss?**

now Hamburg — Für die Beschäftigten der Hamburger Großwerft Blohm + Voss wächst die Unsicherheit: Nachdem schon seit August letzten Jahres 800 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben, will der Vorstand im kommenden Frühjahr weitere 550 Beschäftigte entlassen. Die Arbeitnehmervertreter halten diesen Personalabbau für überflüssig. In der Aufsichtsratssitzung droht heute ein Krach. Denn der Betriebsrat befürchtet, daß es nicht bei

den geplanten Entlassungen bleiben wird. Wenn der Auftrag der Bundeswehr — Panzerwannen für den Leopard 2 — im Jahr 1985 ausläuft, sei die Hälfte der Mitarbeiter im militärischen Bereich überflüssig, weil es keine Anschlußaufträge gibt. „Das sind noch einmal rund 300 Mann“, sagte ein Vertrauensmann dem Hamburger Abendblatt. Er beschuldigte den Vorstand von Blohm + Voss, nicht genügend für neue Aufträge zu sorgen.

Aus: Hamburger Abendblatt vom, 18.11.1983

### **Beiträge aus einer Veranstaltung über Rüstungskonversion 1985 in Hamburg:**

*Dr. Eckhard Rohkamm, Vorstandsmitglied, Blohm & Voss, Hamburg.*

Ich erwarte nicht, daß der Markt für Marineschiffe zunehmen wird, aber ich erwarte auch nicht, daß er abnehmen wird. Wir haben im Augenblick eine Finanzkrise in vielen traditionellen Bestellerländern. Aber diese Finanzkrise betrifft in gleicher Weise alle anderen staatlichen Projekte dieser Länder genauso. Wenn wir stattdessen Raffinerieaufträge angenommen hätten, oder Walzwerke oder etwas ähnliches, dann säßen wir im Prinzip in der gleichen Klemme, denn Staatsaufträge sind Staatsaufträge, egal ob sie grau angestrichen sind oder sonstwie. Wenn kein Geld da ist, wird überall storniert. Wir erwarten jedenfalls, daß der Schiffbaumarkt im Marineschiffbau in den nächsten Jahren erhalten bleibt, zumindest in einer Größenordnung, der den gut eingeführten Unternehmen, und dazu zähle ich etwa Blohm & Voss, Howaldtswerke Deutsche Werft, die Lürssen Werft, ein ganz exzellentes Unternehmen, und das eine oder andere Unternehmen noch, einen auskömmlichen Anteil am Umsatz und am Unternehmensergebnis ermöglicht. ...

Sie haben durchaus Recht mit dem Tenor Ihrer Darstellung, daß tatsächlich derzeit die beiden Hauptgebiete, in denen wir uns im Schiffsneubau bewegen, nämlich der Off-shore-Bereich und der Marineschiffbau-Bereich relativ und verglichen mit der Situation Anfang der 80er Jahre kritisch sind. Das ist vor allem im Bereich der Dritten Welt durch die Verschuldungssituation gegeben, obwohl sich dort derzeit eine ganze Reihe positiver Entwicklungen wieder zeigen und eine Marktbelebung für Marineschiffbau festzustellen ist, nicht zuletzt ausgelöst durch die jetzt ja endgültige Festlegung der 200 Seemeilen Wirtschaftszone, die letzten Endes den meisten Ländern nur soviel nutzt, wie sie in diesen 200 Seemeilen tatsächlich überhaupt eine Kontrolle ausüben können. Der Bedarf ist also da. ...

Letzten Endes bestimmt die Nachfrage, was produziert wird. Und solange Regierungen aufgrund ihrer eigenen Entscheidung und vertretend für souveräne Nationen sich entscheiden, das Geld für dieses auszugeben und nicht für etwas anderes, dann bieten wir in diesen Bereichen an. Es läge natürlich zwar immer noch bei uns, nein zu sagen, aber wenn wir uns für uns selbst das Recht auf Verteidigung in Anspruch nehmen, mit welchem Recht verweigern wir es anderen Nationen? Mit welchem Recht sagen wir, daß etwas, was wir für uns als notwendig erachten, für andere Nationen nicht in Frage kommen darf? Das ist kein Zitat von mir, sondern von Willi Brandt. Wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, wenn wir unseren Arbeitnehmern nein sagen, wenn wir nicht liefern, dann werden die französischen und holländischen Arbeitnehmer sich herzlich dafür bedanken, denn die nehmen dann diese Aufträge. Das ist sicher moralisch keine Entschuldigung, ist auch keine Wertung, ist aber eine nackte Tatsache, und solange wir uns in diesem Umfeld bewegen, vermag ich nicht einzusehen, warum wir uns nicht im Rahmen dessen, was die deutschen Gesetze uns vorschreiben, bewegen können. ...

Das heißt also, wenn wir uns überhaupt über Produkte und Konversion unterhalten, dann müssen es schon neue Produkte sein, die nicht bereits derzeit zur Genüge von anderen Firmen im Markt angeboten werden. Wenn der Markt grösser wäre als diese Firmen in der Lage sind zu liefern, müßten denen ja eigentlich die Aufträge aus den Ohren wieder herauskommen — ist aber im Regelfall nicht so. Wenn wir uns aber um neue Produkte bemühen, dann müssen wir uns nun einmal dem industriellen Einführungszyklus stellen. Und der dauert im Schnitt von den ersten Gedanken bis zur industriellen Realisierung in der Produktion 7 bis 10 Jahre. Die Herren von MBB, die hier sind, haben u.a. Schnellbahnsysteme erwähnt. Drei Firmen, die sicher auf Ihrer Hitliste ganz oben stehen, MBB, Krauss-Maffei, Thyssen-Henschel, haben den Transrapid als Prototyp laufen. Seit zehn Jahren ist dort eine Masse Geld reingegangen. Und es wird sicher noch weitere fünf Jahre dauern, bis es wirklich in der Produktion verwertbar wird. Es ist immer noch ein Prototyp. Aber das Produkt ist da. Es kommt jetzt darauf an, ob wir bei der Bundesbahn oder im Ausland Käufer dafür finden. Das Produkt ist da. Für neue Produkte werden wir aber sicher damit rechnen müssen, daß sie vor 1992/93/94 nicht spruchreif sein werden. Für Blockheizkraftwerke kann ich natürlich nur sagen, Blohm & Voss und die MaK werden sich, und tun es heute schon, als Konkurrenten auf dem Markt gegenüberstehen. MaK bietet sehr gute Blockheizkraftwerke an, Blohm & Voß bietet sehr gute Blockheizkraftwerke an. Der Markt ist offensichtlich nicht so groß, daß wir beide unsere Kapazitäten auch nur annähernd auslasten könnten.

Zu den Arbeitskreisen: Sie und jeder Ihrer Kollegen ist mir herzlich willkommen, um neue Produkte zu diskutieren. Aber wenn Sie das so interpretieren, daß wir jetzt hier eine privat gestrickte Aufweichung der Mitbestimmungsgesetzgebung vornehmen und Sie dann alle vierzehn Tage mit Fahne und Gesang im Verein anmarschieren, um eine große Produktsitzung mit mir zu machen, da werde ich nicht mitmachen. Und da wird auch keiner meiner Kollegen mitmachen. Wir stehen zu jedem Gespräch über Produktverbesserungen und Ausweitungen unserer Palette zur Verfügung, aber eine durch die Hintertür vorzunehmende Ausweitung der Mitbestimmungsregelungen werden wir nicht akzeptieren.

Volker Lange, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, Hamburg.

Es ist eindeutig, daß ein sozialdemokratischer Senator in dieser Stadt auch versucht, die sozialdemokratischen Leitsätze zur Abrüstungspolitik in seinem Tätigkeitsbereich umzusetzen. Ich bekenne hier ausdrücklich, daß ich mich an den verschiedensten Orten immer wieder für Abrüstung einsetze und auch dafür plädiere, dem Rüstungswahnsinn ein Ende zu setzen. Die Entwicklung in den letzten Jahren macht deutlich, in welche wahnsinnige Entwicklung wir uns hier hereinbegeben haben, sowohl bei den beiden Supermächten als auch vor allen Dingen, und das ist ein dramatischer Aspekt, in den Entwicklungsländern. Nuklearrüstung bei den Supermächten, wachsende Militärausgaben und Rüstungsimporte in die Dritte Welt. Der Nahe Osten ist das krassste Beispiel für den Wahnsinn der Aufrüstung. Das heißt auf der einen Seite, ich trete eindeutig für Verhandlungen und für intensive und ernsthafte Gespräche ein, auf der anderen Seite bekenne ich aber auch ausdrücklich, daß eine hinlängliche und glaubwürdige Verteidigung und auch die entsprechende Rüstungsproduktion erforderlich ist, die diese Verteidigungsmöglichkeit schafft. Dafür trete ich ein, das will ich hier nicht verheimlichen und nicht verschweigen, auch wenn hier möglicherweise eine andere Meinung vertreten wird. Allerdings muß man eine solche Rüstungsindustrie unter Kontrolle halten. Sowohl für die Kontrolle der Rüstungsindustrie als auch für die eindeutige Einhaltung der Rüstungsexportbeschränkung gibt es klare sozialdemokratische programmatische Aussagen und Beschlüsse. Die Bedingungen für eine umfassende Rüstungskonversion sehe ich zur Zeit in der Bundesrepublik leider nicht gewährleistet. ...

Auf den konkreten Kern der Frage bezogen - und dieses zeigt dann aber auch Abhängigkeiten eines sozialdemokratischen Wirtschaftssenators in dieser Stadt — Rüstungskonversion ist in der Hochkonjunktur nicht gelungen. Rüstungskonversion wird umso schwieriger in einer strukturellen Krise gelingen, und insofern gibt es für den Senator keine anderen Entscheidungsfunktionen oder Entscheidungsalternativen als für jeden Arbeitnehmer in einem betroffenen Betrieb. Die Frage ist nicht alternative Produktion ja oder nein, sondern die Schwierigkeit besteht darin, daß ein Bundesland wie Hamburg hier nicht allein gegensteuern kann. Ich würde auch jeden für einen Scharlatan halten, der behauptet, ein kleines Bundesland könne dies. Was Hamburg aber machen kann, ist, in Ansätzen mit beizutragen, alternative Produktionen zu entwickeln, zu fördern und auch finanziell zu unterstützen. ...

Ich habe nicht von einerseits und andererseits gesprochen, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich für Abrüstung eintrete. Es gibt für mich nicht andererseits, sondern es ist eine klare politische Aussage meiner Partei für den Verteidigungsauftrag, den wir übernommen haben und den ich mir auch nicht bestreiten lasse. Hier ist eine eindeutige Mehrheitsmeinung in der SPD nach wie vor vorhanden. Ich halte es nicht für richtig, mir eine Äußerung über die Notwendigkeit von Rüstung bei MBB nach Hamburg zu unterstellen; auch Aussagen eines Kollegen sind mir nicht bekannt. Die positive Leistung des Hamburger Senats ist es gewesen, sich mit erheblichen Mitteln aller Bürger, mit 18% an MBB zu beteiligen. Und ich mutmaße mal, hätte Hamburg dieses nicht getan, wären die Arbeitsplätze schon weg. Sie wären in Bayern. Wir haben uns an MBB als Gesamtunternehmen beteiligt; wir haben die große Chance, daß hier im norddeutschen Raum vorrangig zivile Produkte gefertigt werden, aber wir können doch nicht so blauäugig sein und darüber hinwegtäuschen, daß gerade im Luftfahrtbereich, Flugzeugbaubereich, eine erhebliche Nachbarschaft zwischen militärischer und ziviler Nutzung besteht. Ich kenne keinen Bereich, in dem diese Nachbarschaft enger ist. Insofern könnte ich mich natürlich auch eindeutig auf den Standpunkt stellen, ich lehne auch den zivilen Flugzeugbau ab, weil die Gefahr besteht, daß das, was hier entwickelt wird, auch militärisch eingesetzt wird oder eingesetzt werden kann und umgekehrt. So einfach kann ich es mir doch nicht machen. Aus der Situation des Arbeitsmarktes bekenne ich mich ausdrücklich zu diesem Engagement, wohl wissend, daß im MBB-Bereich auch militärische Dinge gefertigt werden. Ich sehe mit Sorge Entwicklungen zur stärkeren Konzentration in der Militärfertigung im süddeutschen Raum. ...

Ich habe nicht gesagt, daß das, was in der Hochkonjunktur nicht möglich war, in der Krise erst recht nicht möglich ist, sondern ich habe gesagt, daß es in der Krise um so schwieriger durchzusetzen ist. Die Gewerkschaft hier in Hamburg und der alternative Arbeitskreis haben genau die gleichen Schwierigkeiten in der Begründung wie der Politiker. Hier gibt es keinen Auftraggeber für das alternative Produkt X, für das Schiff Y, das anstelle der Fregatte gebaut werden könnte. Wollen wir uns nun gegen die Fregatte aussprechen? Das haben wir doch hier in Hamburg durchdiskutiert und durchexerziert. Und wir sind nachher auch einheitlich der Meinung gewesen, wir sind insgesamt für Abrüstung, aber sehen hier doch auch die Drucksituation; Arbeitsplätze geraten in Gefahr, wenn dieser Auftrag auch nicht zur Werft X oder Y nach Hamburg kommt. Darüber können wir uns doch nicht hinwegtäuschen, auch nicht mit schön klingenden Worten. Vor diese Entscheidung sind wir gestellt worden. Sie als Gewerkschaft und wir als Politiker und als Senat. Es ist ja nicht das Geld des Senats oder das Geld der Bundesregierung, sondern des Auftraggebers, der z.B. das Frachtschiff X für 120 Mio. bei Blohm & Voss in Auftrag gegeben hätte.

*Teichmüller, IG Metall Bezirksleitung, Hamburg*



Mit den Beiträgen über die ausländischen Erfahrungen waren wir weiter als hier in der Podiumsdiskussion. Der eine spricht von positiven Entwicklungen, wenn die Entwicklungsländer nur endlich wieder Kriegsschiffe kaufen. Herr Lange spricht davon, daß wir die Konversion im Boom nicht geschafft hätten und wir sie nun in der Krise sowieso nicht schaffen würden. Wir dürfen uns auf keinen Fall, und das geht insbesondere Herrn Lange an, auf dieses einerseits andererseits einlassen: Ich bin natürlich für Abrüstung, aber da die Welt nun einmal so grausam ist, fällt mir jetzt zur Zeit nichts anderes ein, als zu rüsten und Rüstung zu exportieren. Sie nehmen als sozialdemokratischer Senator, der für Abrüstung ist, hin, daß einer Ihrer Kollegen die Forderung stellt, man möge doch bei MBB Rüstungsanteile aus Süddeutschland auch nach Norddeutschland ziehen. Wir machen die Arbeit in den Arbeitskreisen „Alternative Fertigung“ nicht in erster Linie als Mitglied der Friedensbewegung oder aus friedenspolitischen Gründen, sondern vor allem, weil wir als Gewerkschaft verantwortlich sind für die Arbeitsplätze der Kollegen. Und da haben wir doch genügend Nachweis dafür, daß Rüstung die Arbeitsplätze der Kollegen nicht sichert. Und deswegen können wir nicht sagen, da wir das nicht im Boom geschafft haben, schaffen wir es jetzt in der Krise auch nicht. Aus Schweden wurde im Beitrag von Frau Thorsson sehr genau berichtet, was man machen muß, wenn man eines Tages abrüsten will. Man braucht einen Vorlauf und man muß konzeptionell vorbereitet sein. Ich frage mich, wo sind die Ansätze bei uns: Nicht nur bei der Regierung, das haben wir gehört, da ist nichts, aber eben auch bei den Sozialdemokraten nicht. Wo sind die Ansätze? Ein Kollege hat hier gesagt, es sei in erster Linie nicht eine Frage der alternativen Produkte, das können die Arbeitskreise sofort bestätigen, die haben nämlich einen Stapel Vorschläge unterbreitet, sondern es ist eine Frage des Marktes, und es ist damit eben auch eine Frage, inwieweit durch staatliche Entscheidungen ein Metallbetrieb dazu gebracht werden kann zu investieren, um in dem Bereich neuer Produkte Geld verdienen. Von einem Vorstandsmitglied kann man nicht verlangen, daß er dieses Argument hinter anderen zurückstellt. Entscheidend ist, daß wir die Kollegen in Rüstungsbetrieben nicht vor die platte Alternative stellen, entweder du hast einen Arbeitsplatz, dann mußt du Rüstungsgüter produzieren oder du hast keinen Arbeitsplatz. Das ist zur Zeit aber die Alternative. In allererster Linie müssen Alternativen aufgezeigt werden; darum bemühen wir uns. Aber in zweiter Linie ist natürlich die Politik gefordert, die dort Alternativen bieten muß, und da ist es mir zu wenig zu sagen, ich stehe für den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, wenn wir genau wissen, daß beispielsweise im Marinesektor, und der spielt hier in Norddeutschland an der Küste die große Rolle, nur über Export die Kapazitäten ausgelastet sind. Ob das U-Boote bei HDW oder bei Thyssen in Emden sind oder Fregatten und Korvetten bei Blohm & Voß oder Vulkan, es ist alles nur über Export zu machen. Das ist nicht der Verteidigungsauftrag. Von der Politik ist den Arbeitskreisen bislang keine Hand gereicht worden. Dies ist aber notwendig; heute sind die Arbeitskreise im Grunde genommen politisch weiter als die Politik.

***Fischer, Betriebsrat, MBB Bremen:***

Herr Dr. Rohkamm, Sie hatten gesagt, die Verteidigung der anderen wollen wir nicht behindern, also liefern wir. Wir haben bei Ihnen, bei Blohm & Voss, ein sehr gutes Beispiel. Und zwar haben Sie Fregatten für Argentinien gebaut. Als der Falkland-Krieg ausbrach, wurde der Export dieser Fregatten unterbunden. Wenn Argentinien dort gewonnen hätte, glaube ich, hätten Sie diese Lieferung nicht ausführen können. Sie wären mit Sicherheit in Liquiditätsschwierigkeiten gekommen. Wenn Sie dieses Beispiel nicht akzeptieren, dann nenne ich Ihnen das Beispiel der U-Boote für Iran. Der Export war nicht mehr möglich, weil der Iran diese U-Boote, noch vom Schah bestellt, nicht abnehmen wollte. Weltweit bemüht man sich dann um den Verkauf, bis Chile schließlich zwei von sechs U-Booten abnahm. Stellen Sie sich vor, diese U-Boote wären so weit gewesen wie Ihre Fregatten, als der Krieg

um Falkland ausbrach. Es gibt politische Entscheidungen und Ereignisse im Ausland, die Rüstungsexport unwahrscheinlich schwierig machen. Jedes Schiff, nehmen wir Ihre Fregatte mit einem Preis von einer halben Milliarde Mark, kostet etliches Mal das Kapital ihrer Firma. Sie wären pleite gegangen. Rüstung kann kein Allheilmittel sein. Gerade die Exportschwierigkeiten zeigen, wie unsicher die Arbeitsplätze in der Rüstung sind.

***Schmoors, Arbeitskreis „Alternative Fertigung“, Blohm & Voss:***

Wir als Arbeitskreise setzen uns für alternative Fertigung ein und nicht nur für neue Produkte. Mir scheint, es ist sehr wichtig, dies zu betonen, weil unter alternativer Fertigung einfach mit summiert werden muß, daß wir uns für den Abbau von bestimmten Produktionsbereichen einsetzen, weil nur durch diesen Abbau andere alternative Produktionsbereiche im notwendigen Maßstab aufgebaut werden können. Wir können keine sinnvolle Umwelttechnologie in dem notwendigen Maße, **der** dann auch wirklich arbeitsplatzsichernd für große Teile der Bevölkerung wäre, aufbauen, wenn wir uns gleichzeitig 60, 70 oder 80 Mrd. Rüstungsetat in der Bundesrepublik leisten wollen. Wir können uns nicht für eine sinnvolle Energieerzeugung mit lokaler und regionaler Marktstruktur einsetzen, wenn wir gleichzeitig hier über 75 % Atomstromabhängigkeit haben. Es ist klar, daß dann nirgendwo mehr ein sinnvolles Blockheizkraftwerk hinpaßt.

***Auszüge aus dem Weißbuch 1985 (Bundesministerium für Verteidigung)***

828. Die deutschen Rüstungskapazitäten sind parallel zum Aufbau der Bundeswehr entstanden. Sie weisen einen international anerkannten hohen Leistungsstand auf. Maßgebend für Umfang und Struktur von Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland ist der Bedarf der Bundeswehr. Möglichkeiten und Chancen für den Rüstungsexport können kein Maßstab sein.

831. Die gesamte Rüstungsproduktion der deutschen Industrie beträgt im Durchschnitt nur etwa 3,4 Prozent des Produktionswertes im verarbeitenden Gewerbe. In den meisten beteiligten Industriezweigen ist der Anteil der Rüstungsaufträge an der Gesamtproduktion mit weniger als 1 Prozent noch deutlich geringer. In der Fahrzeugindustrie beträgt dieser Anteil zwischen 1 und 2 Prozent, in der Werftindustrie rund 10 Prozent. Lediglich die Luft- und Raumfahrtindustrie sowie die Waffen- und Munitionsindustrie haben Rüstungsanteile von mehr als 50 Prozent. Rund 250 000 Beschäftigte sind in der deutschen Industrie für Rüstungsaufträge tätig. Das sind rund ein Prozent aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn auch die Industriezweige mit Rüstungsaufträgen nur teilweise ausgelastet werden, gibt es einzelne Unternehmen, die ganz oder überwiegend von Rüstungsaufträgen abhängig sind.

Die Beteiligung mittelständischer Industrie an Aufträgen der Bundeswehr ist von besonderer Bedeutung. Die schnelle Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft mittelständischer Unternehmen begünstigt die Lösung besonderer technischer und wirtschaftlicher Probleme. Von den Bundeswehr-Aufträgen entfallen wertmäßig 13 Prozent auf kleine und mittelständische Unternehmen. Ihre Beteiligung als Unterauftragnehmer und Zulieferer bei größeren Bundeswehr-Aufträgen ist in dieser Zahl nicht erfaßt.

832. Die Bundesregierung kann und will nicht die unternehmerische Verantwortung für die rüstungsgüterproduzierende Industrie übernehmen. Sie ist zwar bemüht, die für die Bundeswehr unverzichtbaren Rüstungskapazitäten möglichst kontinuierlich auszulasten, übernimmt aber keine Beschäftigungs- und Auftragsgarantien. Dies gilt auch für notwendige

Veränderungen in Struktur und Umfang der Rüstungskapazitäten, die sich aus veränderten Schwerpunkten der Bundeswehrplanung in Richtung auf stärkere Betonung wichtiger Systemanteile, wie beispielsweise Munition und Führungssysteme, ergeben.

841. Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive Rüstungsexportpolitik.

Grundlage für Entscheidungen über Rüstungsexporte sind das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, das Außenwirtschaftsgesetz sowie die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982.

Das Ergebnis der restriktiven Rüstungsexportpolitik zeigt sich in dem geringen Anteil von Kriegswaffen, der bisher 0,9 Prozent vom Gesamtexport der Bundesrepublik Deutschland nicht überschritten hat.

(Aus: Weißbuch 1985, S. 368, 369f., 373.)

## **Gesetzesbestimmungen zum Rüstungsexport**

### ***Gesetzesbestimmungen (Auszug)***

#### **I. Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961**

§7, Abs. 1; Rechtsgeschäfte und Handlungen können beschränkt werden, um

1. die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten,
2. eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten oder
3. zu verhüten, daß die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört werden.

§7, Abs. 2: Insbesondere können beschränkt werden

1. die Aus- und Durchfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät sowie von Gegenständen, die bei deren Entwicklung, Erzeugung oder Einsatz nützlich sind, und von Konstruktionszeichnungen und sonstigen Fertigungsunterlagen.
2. die Ausfuhr von Gegenständen, die zur Durchführung militärischer Aktionen bestimmt sind,
3. die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät,
4. Rechtsgeschäfte über gewerbliche Schutzrechte, Erfindungen, Herstellungsverfahren und Erfahrungen in bezug auf die in Nummer 1 bezeichneten Waren und sonstigen Gegenstände.

#### **II. Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 20. April 1961**

§1, Abs. 1: Zur Kriegsführung bestimmte Waffen im Sinne dieses Gesetzes (Kriegswaffen) sind die in der Anlage zu diesem Gesetz (Kriegswaffenliste) aufgeführten Gegenstände, Stoffe und Organismen.

§1, Abs. 2: Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates die Kriegswaffenliste entsprechend dem Stand der wissenschaftlichen, technischen und militärischen Erkenntnisse zu ändern und zu ergänzen ...

§2, Abs. 1: Wer Kriegswaffen herstellen will, bedarf der Genehmigung.

§2, Abs. 2: Wer die tatsächliche Gewalt über Kriegswaffen von einem anderen erwerben oder einem anderen überlassen will, bedarf der Genehmigung.

§6, Abs. 2: Die Genehmigung kann (u.a.) insbesondere versagt werden, wenn

1. Grund zu der Annahme besteht, daß ihre Erteilung dem Interesse der Bundesrepublik an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern zuwiderlaufen würde

§6, Abs. 3: Die Genehmigung ist zu versagen, wenn

1. die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden,
2. Grund zu der Annahme besteht, daß die Erteilung der Genehmigung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung gefährden würde ...

(Quelle: Gerhard Potrykus, Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, Kommentar. Köln, Berlin, Bonn, München 1962)

### ***Aus dem Urteil des Landgerichts Düsseldorf gegen vier leitende Mitarbeiter der Firma Rheinmetall vom 27.5.1986***

Im Mai 1986 wurden vier Manager des Düsseldorfer Rheinmetall-Konzerns zu Haftstrafen zwischen 15 und 24 Monaten auf Bewährung verurteilt, weil sie bei der Ausfuhr von Waffen die gesetzlichen Bestimmungen umgangen hatten. Zur Begründung des milden Urteils führte das Gericht u.a. aus:

„Ebenso konnte die im damaligen Zeitraum unorganisierte Arbeit des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft und mangelnde Koordinierung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft bei den Angeklagten... den Eindruck aufkommen lassen, daß die Kontrolle — wenn überhaupt — nur halbherzig und eben für die Wirtschaft erfolgte.“ Zugunsten der Angeklagten wertete das Gericht unterschiedliche Behandlungen der Exportgenehmigungen in Ministerien. Sie „mußten für die Angeklagten einen Verstoß gegen die Vorschriften als nicht so schwerwiegend erscheinen lassen. ... Das Umfeld, in dem die Angeklagten damals gehandelt haben, hat ihnen ... den Entschluß zur jeweiligen Tat erleichtert...“ Zu dem illegalen Export von Maschinengewehren nach Saudi-Arabien resümierte das Gericht: „ Das Bundeswirtschaftsministerium regte an, die kriegswaffenkontrollgesetzgenehmigungspflichtigen Maschinen-Gewehre aus dem Vertrag herauszunehmen; Saudi-Arabien sollte diese dann von einem ausländischen Lizenznehmer der Firma Rheinmetall, der die MGs im Ausland herstellte, beziehen.“

### **Bücher**

Johannes Dünwald/Peter Thomsen,  
Sinnvoll arbeiten — Nützliches produzieren. Ein Handbuch für Arbeitnehmer und regionale Initiativen. Frankfurt/M. 1987.

Den Autoren — beide in der Gewerkschaft tätig — geht es nicht nur um Rüstungskonversion, sondern um alternative Fertigung zu ökologisch problematischer und ökonomisch krisenhafter Produktion. Sie beschreiben die Arbeit verschiedener gewerkschaftlicher Arbeitskreise „Alternative Produktion“ in Rüstungsbetrieben.

Edgar Einemann/Edo Lübbling,  
Politisches Lernen und Handeln im Betrieb, Marburg 1987.

In diesem Band werden Ergebnisse eines Projektes „Krise, Rationalisierung und Humanisierung als Gegenstand der Arbeiterbildung“ vorgestellt. Probleme in traditionellen Industriezweigen, aber auch in Hochtechnologiebetrieben (wie im Rüstungskonzern MBB, Bremen) und die Reaktionen der Beschäftigten werden analysiert. Es wird dargestellt, wie die Betroffenen durch Bildungsarbeit versuchen, Problemlösungen zu entwickeln.

Klaus Mehrens (Hg),  
Alternative Produktion. Arbeitnehmerinitiativen für sinnvolle Arbeit, Köln 1985.

Die Frage, was in einem Unternehmen produziert wird, ist die zentrale wirtschaftliche Entscheidungsfrage im Unternehmen. Mehr Mitbestimmung im Betrieb — dargestellt an den Initiativen in Rüstungsbetrieben — ist der Leitfaden des Buches.

György Szell (Hg.),  
Rüstungskonversion und Alternativproduktion, Argument-Sonderband 118, Hamburg 1987.

Ein knappes Dutzend Beiträge geben einen Überblick über die Diskussion über Rüstungskonversion in einigen westeuropäischen Ländern. Besonders das Engagement der Gewerkschaften in der praktischen Auseinandersetzung um Rüstungsprogramme und deren Alternativen ist beschrieben.

Verein für Friedenspädagogik Tübingen (Hg.), Rüstung und Wirtschaft.  
Materialien Band 10, Tübingen 1986

Mit dem Band „Rüstung und Wirtschaft“ ist es dem Verein gelungen, ein schwieriges und umfangreiches Thema in einzelnen Schritten so aufzubereiten, daß es in Unterricht und friedenspolitischen Seminaren leichter diskutierbar wird.

Der Einstieg ins Thema erfolgt über einige ausgewählte Grunddaten zur bundesdeutschen Rüstungsindustrie und über Angaben zu den Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik. Schon hier zeigt sich eine Qualität dieser Materialien: Sie legen einen Schwerpunkt auf sorgfältig recherchierte Zitate unterschiedlicher Interessengruppen und eine graphische und tabellarische Darstellung der Zahlen und Zusammenhänge. Zusammen mit Arbeitsanleitungen, Literaturhinweisen und didaktischen Hilfen erlaubt diese Form einen direkten Einsatz im Unterricht.

Die weiteren Abschnitte des Heftes behandeln Themen wie: Die historische Entwicklung der Rüstungsproduktion in Deutschland; wie funktioniert das Geschäft mit der Rüstung von der Waffenplanung bis zur Beschaffung; Rüstungsprofite als Motor des Rüstungswettlaufs; Wirkung von Rüstungsforschung; wirtschaftliche Folgen hoher Rüstungsausgaben; Rüstungsexporte; Rüstungskonversion; Rüstungswerbung. Insgesamt entsteht ein umfangreiches Bild vom Zusammenhang Rüstung und Wirtschaft, wobei weniger die geschlossene Argumentation beabsichtigt wird, sondern eine breite Präsentation von Informationen und Material zum Thema. Die Darstellung der Zusammenhänge ist so angelegt, daß sie friedenspolitische Lernprozesse anregen soll.

Herausgekommen ist so eine engagierte und sehr nützliche Sammlung der wichtigsten Argumentationsgänge, Daten und Fakten zum Thema Rüstung und Wirtschaft, der man nur eine weite Verbreitung wünschen kann.

Peter Wilke/Herbert Wulf

### **Impressum:**

Herausgeber der »Pädagogischen Informationen«, ist das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). 2000 Hamburg 55, Falkenstein I, Tel. 040-86 90 54/55/56, Postgirokonto Hamburg 38 43 40-207.

Das IFSH ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen." Den Inhalt der Beiträge verantworten die Autoren, er repräsentiert nicht unbedingt die Meinung des IFSH. Nachdruck ist erlaubt nach schriftlicher Information des IFSH.

Die »Pädagogischen Informationen« erscheinen unregelmäßig und sind —soweit vorrätig — kostenlos über das IFSH erhältlich.

***Die digitalisierte Ausgabe ist auf den Themenschwerpunkt beschränkt und wurde leicht überarbeitet (IFSH, 24. März 2011)***